

Erläuterung:

	GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES
	GEWERBEGEBIET
GRZ	GRUNDFLÄCHENZAHL
GFZ	GESCHOSSFLÄCHENZAHL
	NEUFESTSETZUNG
	AUFZUHEBENDE FESTSETZUNG
	NEUFESTSETZUNG
	AUFZUHEBENDE FESTSETZUNG
	BESTEHENDE STRASSENBEGRENZUNGSLINIE
	NEUFESTZUSETZENDE STRASSENBEGRENZUNGSLINIE
	AUFZUHEBENDE STRASSENBEGRENZUNGSLINIE
	BESTEHENDE BAUGRENZE, SOWIE BESTEHENDE BAU- UND STRASSENBEGRENZUNGSLINIE
	NEUFESTZUSETZENDE BAUGRENZE
	AUFZUHEBENDE BAUGRENZE
	NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE
	STRASSENVERKEHRSFLÄCHE
	STRASSENVERKEHRSGRÜN
	GEWEGFLÄCHE
	STRASSENBAHNLEISKÖRPER
	VORHANDENE UND ABZUBRECHENDE GEBÄUDE
	BESTEHENDE LEITUNGSRECHTE
	ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG
	BESTEHENDE UND BLEIBENDE GRUNDSTÜCKSGRENZE
	VORGESCHLAGENE GRUNDSTÜCKSGRENZE
	AUFZUHEBENDE GRUNDSTÜCKSGRENZE
	EINFRIEDIGUNG NUR ALS SAUMSTEIN
	EINFRIEDIGUNG: MAUER (BETON) ODER MASCHENDRAHT, 2,00m HOCH
	FLÄCHE FÜR VERSORGUNGSANLAGEN
	UMFORMERSTATION
	ALTE STRASSENHÖHEN
	NEUE STRASSENHÖHEN
	BESONDERER BEBAUUNGSPLAN VORGESEHEN
	ZAHLE DER VOLLGESCHOSSE BEI VORHANDENER BEBAUUNG
	ZAHLE DER VOLLGESCHOSSE BEI NEUBEBAUUNG (HÖCHSTGRENZE)
	SICHTWINKEL
	STRASSENBAHNHALTESTELLE
	TANKSTELLE
	ZU- UND AUSFAHRTVERBOT
	BÜSCHUNGEN
	NICHT BEFAHRBAR
	BESTEHENDE FREILEITUNG

Schriftliche Festsetzungen:

- AUF DEN MIT LEITUNGSRECHTEN VERSEHENEN FLÄCHEN IST DIE ERSTELLUNG VON STRASSEN-BELEUCHTUNGSMASTEN ZU DULDEN.
- DIE DURCH ANSCHÜTTUNGEN GEMÄSS DEN ZEICHNERISCHEN FESTSETZUNGEN ENTSTEHEN-DEN BÜSCHUNGEN SIND AUF DEN PRIVATEN GRUNDSTÜCKEN ZU DULDEN.

- AUFGRUND DER VORSCHRIFTEN DES § 22 (4) BAUNVO KÖNNEN AUF DEN GEWERBEGRUND-STÜCKEN GEBÄUDE BIS ZU 2 VOLLGESCHOSSEN BZW. BIS ZU 8,00m HÖHE AN DEN SEITLICHEN UND RÜCKWÄRTIGEN GRUNDSTÜCKSGRENZEN ERRICHTET WERDEN. WIRD NICHT AN EINE GRENZE GEBAUT, MÜSSEN GEBÄUDE BIS ZU 2 VOLLGESCHOSSEN BZW. BIS ZU 8,00m HÖHE EINEN GRENZABSTAND VON 6,00m EINHALTEN. DIESER ABSTAND ERHÖHT SICH MIT JEDEM WEITEREN VOLLGESCHOSS BZW. JE ANGEFANGENEN WEITEREN 4,00m GEBÄUDEHÖHE UM 1,50m.
DER SEITLICHE UND RÜCKWÄRTIGE GRENZABSTAND KANN BEI 1 UND 2 - GESCHOSSIGEN GE-BÄUDEN AUF 3,00m REDUZIERT WERDEN, WENN AUF DEN NACHBARGRUNDSTÜCKEN EIN GRENZABSTAND VON GLEICHFALLS MINDESTENS 3,00m EINGEHALTEN WIRD BZW. EINGEHALTEN IST.
- AUFGRUND DER VORSCHRIFTEN DES § 8 (3) 1 BAUNVO WERDEN AUF DEN GEWERBEGRUND-STÜCKEN WOHNUNGEN FÜR AUFSICHTS- UND BEREITSCHAFTSPERSONAL SOWIE FÜR BE-TRIEBSINHABER UND BETRIEBSLEITER ZUGELASSEN.
- * DIE BEPFLANZUNG INNERHALB DER SICHTWINKEL DARF DIE HÖHE VON MAX. 0,80m NICHT ÜBERSCHREITEN.
- * DIE NICHT ÜBERBAUBAREN GRUNDSTÜCKFLÄCHEN ZWISCHEN STRASSENBEGRENZUNGSLINIE UND EINFRIEDIGUNG SIND GÄRTNERISCH ANZULEGEN, SOWEIT SIE NICHT FÜR ZUFahrTEN BENÖTIGT WERDEN.
- DIE BEBAUUNG DER MIT BEZEICHNETEN FLÄCHEN IM BEREICH DER FREILEITUNGEN IST NUR MIT BESONDEREM ZUSTIMMUNGSVERFAHREN DES LEITUNGSTRÄGERS MÖGLICH.

Hinweise:

- DIE PROFILGESTALTUNG INNERHALB DER STRASSENBEGRENZUNGSLINIEN IST NICHT GEGENSTAND DES BEBAUUNGSPLANES
- FÜR DIE BEBAUUNG GELTEN DIE VORSCHRIFTEN DER BAUNVO IN IHRER AB 1.1.1969 GÜLTIGEN FASSUNG UND DER LBO VOM 6.4.1964.
- DIE IN DEM DURCH ERLASS DES REGIERUNGSPRÄSIDIUMS NORDBADEN VOM 11.9.1967, NR. I-24/0215/121 GENEHMIGTEN UND AM 6.10.1967 FÜR DEN GLEICHEN RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICH RECHTSVERBINDLICH GEWORDENEN BEBAUUNGSPLAN GETROFFENEN SCHRIFT-LICHEN FESTSETZUNGEN, WELCHE DIE NICHT ÜBERBAUBAREN GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN UND DIE AUF DEN GRUNDSTÜCKEN ZU DULDENDEN BÜSCHUNGEN BETREFFEN, WERDEN AUFGEHOBEN UND DURCH DIE FESTSETZUNGEN NR. 2 UND 6 ERSETZT.

DIE MIT * GEKENNZEICHNETEN FESTSETZUNGEN BERUHEN AUF § 111 (6) LBO.

BEBAUUNGSPLAN



Satzung (gem. § 10 BauGB i.V.m. § 4 GemO)

für das Gebiet nordöstl. der Casterfeldstr.
zwischen Brückeswasen und verl.
Dannstadter Strasse

(Teiländerung der rechtsgültigen Bebauungspläne Nr. 83/25 u. 83/25 a nach § 13 BauGB)

MASSSTAB 1 : 1000

NR. 83/25 b

VERFAHRENSVERMERKE

Aufstellungsbeschluss (§ 2 Abs. 1 BauGB)	am -
Öffentliche Bekanntmachung	am -
Bürgerbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)	
Planauslegung	vom bis
Bürgerversammlung	am -
Anhörung der betroffenen Grundstückseigentümer (§ 13 BauGB)	vom 12.11.97 bis 12.12.97
Auslegungsbeschluss (§ 3 Abs. 2 BauGB)	am -
Plan + Begründung (Stand : .1997)	
Öffentliche Bekanntmachung	am -
Planauslegung	vom bis

Mannheim, den 2.4.1999

STADTPLANUNGSAMT

VERMERK DES REGIERUNGSPRÄSIDIUMS

Der Bebauungsplan wurde dem Regierungspräsidium gemäss § 11 BauGB ange-zeigt. Eine Verletzung von Rechtsvorschriften wird nicht geltend gemacht.

Karlsruhe, den .199

Der Wortlaut und die zeichnerische Darstellung dieser Satzung (Stand: 05.11.1998) wurde unter Beachtung der gesetzlichen Verfahrensbestimmungen am 23.03.1999 vom Gemeinderat beschlossen.

Mannheim, den 22.04.1999

Mannheim, den 22.04.1999

OBERBÜRGERMEISTER

BÜRGERMEISTER

Der Bebauungsplan ist mit der öffentlichen Bekanntmachung gemäss § 10 BauGB am 30.04.1999 rechtsverbindlich geworden.

Mannheim, den 03.05.1999

BAUVERWALTUNGSAMT